

KTM Krauß dankte der Verwaltung für die wirklich sehr gelungene Zusammenfassung der Thematik, die den eingeschlagenen Weg hinsichtlich der 3. Finanzierungssäule bestätige.

KTM Waldästl äußerte, kurz vor Auslaufen des 9-Euro-Tickets sollte die Gelegenheit im gemeinsamen Ausschuss genutzt werden, um noch einmal deutlich zu machen, dass sich Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis weiterhin ein preiswertes Ticket-Angebot wünschen und Bund und Land in der Verantwortung seien. Für die demnächst anstehende Tarifrunde müsse der Kreistag ggf. entscheiden, ob er die Vertreter des Kreises im VRS anweisen wolle, wie sie bei der anstehenden Tarifierhöhung abzustimmen haben. Die SPD-Fraktion werde jedenfalls einer Tarifierhöhung nicht zustimmen. Sobald die Eckdaten bekannt seien, werde seine Fraktion auch einen entsprechenden Antrag im Kreistag einbringen.

Stv. Beu äußerte sich skeptisch zu einer unmittelbaren Nachfolgeregelung für das 9-Euro-Ticket. Es müsse aber auf jeden Fall eine Lösung geben, die finanzierbar und für alle potenziellen Fahrgäste eine attraktive Alternative sei. Dafür komme eigentlich nur eine deutschlandweite Lösung in Betracht und dafür trage der Bund die Verantwortung. Er sei auch sehr gespannt, welche Tarifregelung am 1. Januar in Kraft trete. In Bonn stehe bereits in der Koalitionsvereinbarung, dass Tarifierhöhungen nicht zugestimmt werde. Aber Bonn und Rhein-Sieg-Kreis könnten die Tarife nicht allein entscheiden. Wenn man die Kostenentwicklung (Energiekosten, Werkstattkosten, mehrfach unterlassene Erhöhungen) zu Grunde lege, müsste eigentlich eine zweistellige Tarifierhöhung gefordert werden. Die Politik könnte sich zwar klar dagegen aussprechen, aber die Defizite müssten die Aufgabenträger finanzieren.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Planung und Verkehr, KTM Steiner, erläuterte, eine Verlängerung des 9-Euro-Tickets über den 31.08.2022 hinaus sei so gut wie ausgeschlossen, weil die Unternehmen die Fahrkartenautomaten bereits wieder auf das alte System umstellen mussten. Darüber hinaus sei ein 9-Euro-Ticket als Ausnahme eingeführt worden. Eine dauerhafte Lösung gehe nur über eine Gesetzesänderung. Die Tarifhoheit liege im Moment bei den Verkehrsunternehmen. Hier müsste es eine entsprechende Anpassung geben. In einem Gespräch mit dem Verkehrsminister NRW habe er einen sehr optimistischen Eindruck gewonnen, dass es zu Beginn des Jahres 2023 eine Nachfolgeregelung geben könne. Dann relativiere sich auch die Frage, was mit den anderen Tarifen passiere. Für die Verbandsversammlung des VRS am 30.09.2022 wolle man fraktionsübergreifend eine Resolution einbringen, um noch einmal deutlich zu machen, dass der Verbund geschlossen hinter einer Nachfolgeregelung für das 9-Euro-Ticket stehe.

